

STAAT IN DER SCHWEBE

Seit 1999 versucht die internationale Gemeinschaft, im Kosovo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Muster zu etablieren. Der Historiker Andreas Ernst begleitet und analysiert den Prozess. Von Roland Gysin

Ohne Kriegsgrollen sind die Länder im südöstlichen Teil Europas für Medien wenig interessant. Auch Kosovo nicht. Seit sich die ehemals autonome Provinz am 17. Februar 2008 von Serbien lossagte, ist sie von der medialen Bildfläche weitgehend verschwunden. Dabei gibt es viel zu sagen zum jüngsten Staat Europas mit seinen zwei Millionen Einwohnern. «Kosovo ist ein Laboratorium für von aussen gesteuerten sozialen Wandel», sagt der 49-jährige Historiker Andreas Ernst. «Seit 1999 versuchen internationale Organisationen, in einer Nachkriegsgesellschaft Demokratie und Rechtsstaat nach westlichem Muster zu verankern.» Wie entwickelt sich das Verhältnis zwischen lokalen und internationalen Akteuren und wie beeinflusst diese Konstellation die politische und soziale Dynamik in dieser Gesellschaft?

Die Hauptakteure in diesem Drama sind lokale politische Eliten und internationale Beamte unterschiedlicher Organisationen: der Uno-Mission (Unmik), der Kosovo-Truppe (Kfor) unter Nato-Kommando, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission (Eulex) und des International Civilian Office. Eine wichtige Rolle spielen die Botschaften der Grossmächte und die Regierung in Belgrad mit ihrem Einfluss auf die serbische Minderheit.

Andreas Ernst ist promovierter Historiker und Journalist. Seit Mai 1999 ist der Balkan seine Heimat, erst Skopje, dann Belgrad. Ernst schreibt als Korrespondent für Schweizer und deutsche Zeitungen. Seit April 2007 ist er zudem wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Projekt über den Staatsbildungsprozess von Kosovo unter der Leitung von Nada Boškovska, Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Zürich. Als Ernst die Studie in Angriff nahm, war schnell klar, dass er Neuland betreten würde: Die politikwissenschaft-

liche Literatur über «state building» erwies sich vor dem Hintergrund der langjährigen journalistischen Erfahrung als wenig ergiebig. Die Forschung interessierte sich primär für die Systemebene und klammerte die Handlungsebene aus, kritisiert Ernst: «Als Indikator für den Aufbau eines demokratischen Systems gilt dabei die Durchführung von Wahlen. Interessant wird es aber erst, wenn man untersucht, was dieser Prozess für die Gesellschaft bedeutet. Wie verändert er die Rollen der lokalen politische Elite und der internationalen Akteure?»

Als besondere Herausforderung bei der Rekonstruktion dieser «Beziehungsgeschichte» erweist sich der Zugang zu organisationsinternen Quellen, der oft einem bürokratischen Hürdenlauf gleicht, falls die Türen nicht ganz verschlossen bleiben.

ÜBERWACHTE UNABHÄNGIGKEIT

Ernsts Untersuchung verfährt chronologisch und orientiert sich an kritischen Wendepunkten. Die Geschichte beginnt am 9. Juni 1999, dem Tag, als die Nato-Bomber ihre Luftangriffe auf Kosovo und Serbien einstellten, und reicht über die Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008 bis in die Gegenwart. Am 10. Juni 1999 verabschiedete der Uno-Sicherheitsrat die Resolution 1244: Kosovo wird zu einem Uno-Protectorat unter Wahrung der «territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien», deren Rechtsnachfolger Serbien ist. Das Ziel: Aufbau einer multiethnischen Demokratie. «Daran hat die umstrittene Unabhängigkeitserklärung im Februar 2008 nichts verändert», sagt Ernst. «In Kosovos «überwachter Unabhängigkeit» geht die «Beziehungsgeschichte» zwischen internationalen und lokalen Akteuren weiter. Im Wechselspiel von Kooperation und Konflikt wird die Dynamik des Staatsbildungsprozesses sichtbar.»



Kosovo ist ein junger und noch ungefestigter Staat:



Feiern zum 1. Jahrestag der Unabhängigkeit am 17. Februar 2009 in Pristina.

Unmittelbar nach Abzug der serbischen Staatsbeamten im Juni 1999 stellte sich die Frage nach dem «gültigen Gesetz». «Eine hochdramatische Periode», sagt Ernst. Resultat der Verhandlungen zwischen lokalen und internationalen Akteuren ist eine komplexe, teilweise widersprüchliche Gesetzessammlung, ein Sammelsurium verschiedener Rechtstraditionen. Kaum verwunderlich, ist die Durchsetzung schwierig.

BÜRGER WOLLEN RECHTSSTAAT

Dennoch: Ernst sieht Veränderungen. Das Bewusstsein für einen funktionierenden Rechtsstaat sei in der Bevölkerung vorhanden. «Die Bürger wollen, dass die Polizei kommt, wenn man sie ruft. Sie möchten, dass es unabhängige Untersuchungen gibt. Dass ein Gericht ein Urteil spricht und dieses durchgesetzt wird.»

Zu den Erfolgsgeschichten in diesem eher trüben Kapitel gehört der Aufbau eines einigermassen effizienten Polizeidienstes durch OSZE und Unmik, in den auch serbische Beamte integriert sind. Doch viele Probleme bleiben ungelöst. So ist etwa die Gewaltenkontrolle mangelhaft. «Das kosovarische Parlament nickt ab, was die Regierung beschliesst und was Minister sagen.» Davon profitieren Protestbewegungen wie die kosovo-albanische «Vetvendosje» (Selbstbestimmung), die die Uno- und EU-Missionen als koloniale Besatzer brandmarkt und die politische Elite als deren korrupte Marionette. Ein Deutungsmuster, das laut Ernst bereits 2002 sichtbar wurde und seit der Unabhängigkeit an Zuspruch gewonnen hat.

Trotz der getrennten Welten, in denen «locals» und «internationals» leben, beobachtet Ernst immer wieder «Interessenkongruenzen zwischen lokalen und internationalen Eliten, die zu gegenseitigen Abhängigkeiten führen». Er illustriert dies am Beispiel der pogromartigen Ausschreitungen der albanischen Bevölkerungsmehrheit gegen Serben im März 2004. Bei einem ungeklärten Badeunfall im serbisch besiedelten Nordkosovo waren drei albanische Kinder ums Leben gekommen. Rasch machte das Gerücht die Runde, die Kinder seien von Serben ins Wasser getrieben worden. Während zweier Tage überzogen halb spontane, halb organisierte Unruhen das Land, die sich nicht

nur gegen die Minderheiten, sondern auch gegen die Unmik richteten.

PRAGMATISCHE HERRSCHAFTSSICHERUNG

Dann passierte etwas, was Ernst «pragmatische Herrschaftssicherung» nennt. Nicht die rechtsstaatliche Bewältigung der Krise durch die Protektoratsbehörde stand im Vordergrund, sondern die Wiederherstellung der Kontrolle über das Gebiet. Dazu suchte die Unmik die Nähe zu den «starken Männern vor Ort». Fortan stellte sich die Uno-Mission in der kosovarischen Öffentlichkeit nicht mehr als neutrale Schutzmacht, sondern als Geburtshelfer für den neuen Staat dar. Dass die Mission politische Stabilität als höchstes Gut betrachtete, zeigt sich auch daran, dass sie die Untersuchungen des Haager Kriegsverbrechertribunals auf ähnliche Weise hintertrieb, wie das die Regierungen in Belgrad oder Zagreb zu tun pflegten.

Kosovo ist weit davon entfernt, jener «multiethnische Staat» zu sein, der den internationalen Akteuren vorschwebte, als sie die Verfassung ohne wesentliche lokale Unterstützung zu Papier brachten. «Kaum verwunderlich, dass diese Form der Multiethnizität als Kunstprodukt erscheint», sagt Ernst. Für diese Form einer auf ethnischen Gruppen basierenden Konsensdemokratie gibt es auf dem Balkan keine Tradition und auch in Westeuropa kaum Vorbilder.

Das grösste Hindernis auf dem Weg zu einem gefestigten Staatswesen sind aber nicht lokale Traditionen und Modernisierungswiderstände, sondern das Fehlen einer politischen Einigung über den Status Kosovos: nicht nur zwischen Pristina und Belgrad, sondern auch innerhalb der EU und der Uno. Dieser Dissens öffnet immer wieder Handlungsräume für «Spielverderber» beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Er lässt die Existenz eines Protektorats als langfristig notwendig erscheinen und hält den Konflikt um die Integration des serbischen Nordkosovos am Köcheln.

KONTAKT Andreas Ernst, ernsta@eunet.rs;
Prof. Nada Boškovska, bonada@hist.uzh.ch

FINANZIERUNG Schweizerischer Nationalfonds

WAS AFFENMÄNNCHEN TREU MACHT

Männliche Menschenaffen haben wechselnde Partnerinnen und schenken ihrem Nachwuchs kaum Beachtung. Anders die Krallenaffen. Gustl Anzenberger hat ihr monogames Sozialverhalten während 30 Jahren erforscht. Von Ruth Jahn

Feste Paarbeziehungen gibt es bei Fischen, bei Vögeln sind sie gang und gäbe. Bei unseren nächsten Verwandten im Tierreich sucht man nach treuem Verhalten vergeblich: Schimpansen, Gorillas und Orang-Utans ist die Monogamie fremd. Krallenaffen hingegen schliessen mit ihrem Partner einen Bund fürs Leben.

Krallenaffen zählen zur Unterordnung der Neuweltaffen und kommen in Südamerika vor. Dazu gehören etwa Seidenäffchen, Löwenäffchen oder Springtamarine. Die putzigen Tierchen fehlen in keinem Zoo. Sie sind klein, wiegen nur gerade ein halbes Kilogramm, haben ein wuscheliges Fell, einen langen buschigen Schwanz und Krallen, mit denen sie jeden Baumstamm erklettern. Ihr Sozialverhalten macht die Krallenaffen für Forscher wie Gustl Anzenberger zu einer äusserst aufschlussreichen Tiergruppe. Krallenaffen bilden Familien. In diesen pflanzt sich jeweils nur das an der Spitze der Rangordnung stehende Elternpaar fort. Dieses Alphapaar lebt monogam. Bei der Aufzucht der Jungen helfen der Affenvater und die Kinder des Paares tatkräftig mit. «Schon das fast gleiche Aussehen der Geschlechter bei den Krallenaffen weist auf eine, man könnte fast sagen, emanzipierte Lebensweise hin, bei der es zu einer ausgeprägten Angleichung der Geschlechtsrollen kommt», sagt Anzenberger. Ganz im Gegensatz zum Beispiel zu Herr und Frau Gorilla: Silberrücken und Gorillaweibchen erkennt man auf den ersten Blick. Ihr Dimorphismus in Aussehen und Verhalten ist frappant.

Als junger Forscher hatte sich Anzenberger zunächst für Vögel wie Dolchstichtauben oder Bartvögel begeistert und das Sozialleben von afrikanischen Holzbienen durchleuchtet. 1975 kam der Münchner zusammen mit Norbert

Bischof, einem Schüler des Verhaltensforschungs-Pioniers Konrad Lorenz, an die Universität Zürich. Als Projektgruppenleiter «Ethologie» am Psychologischen Institut hielt Anzenberger die ersten Weissbüschelaffen, seine Lieblingstiere. Ihnen und anderen Neuweltaffen widmete er sich während fast 30 Jahren bis zu seiner Pensionierung im September dieses Jahres. Am Anthropologischen Institut leitete er unter anderem die Primatenstation, in der bald etwa 100 Kleinaffen lebten.

RARE MONOGAMIE BEI PRIMATEN

Anzenberger interessiert unter anderem, weshalb Monogamie bei Primaten und anderen Säugetieren eine so selten anzutreffende Sozialstruktur ist: «Bei jeder Spezies stellt sich die Frage, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit sich monogames Leben lohnt.» Dabei spreche bei Säugern die Art ihrer Reproduktion eigentlich gegen die Monogamie, zumindest für das Männchen. Denn bei den Säugetieren werden die Weibchen innerlich befruchtet, diese Frucht wächst in ihrem Körper heran, und auch die erste Nahrung der Neugeborenen – die Muttermilch – wird vom Weibchen bereitgestellt. «Bei der Fortpflanzung herrscht bei den Säugern ein extremes Ungleichgewicht zu Ungunsten des Weibchens», bilanziert Anzenberger.

Anders als etwa bei Vögeln, wo die in Schalen verpackten Embryos auch vom Männchen ausgebrütet und die Nestlinge dann von beiden Geschlechtern gefüttert werden können. Da männliche Säuger viel weniger in ihre Nachkommen investieren müssen als die Weibchen, kann ein Männchen auch viel mehr Junge haben als ein Weibchen. Deshalb ist Vielweiberei die erfolgreichste Fortpflanzungsstrategie. Die